

Europas verlorene Generation

Die tiefgreifende ökonomische Krise in Europa hat ein Gesicht bekommen: Es sind die Bilder verzweifelter, protestierender, ratloser Jugendlicher, die sich um ihre Zukunft betrogen sehen. Mehr als sieben Millionen junge Menschen unter 25 Jahren sind in der Europäischen Union weder in Ausbildung noch in Arbeit. Dies ist nicht nur ein eminenter „sozialer Sprengstoff“. Wenn sich die junge Generation deshalb resigniert von der „europäischen Idee“ abwendet, dann steht es auch um deren Perspektiven schlecht.

Deshalb hatten die EU-Regierungschefs im Sommer dieses Problem zu Recht mit Priorität beraten. Doch viele ihrer schnell auf den Markt geworfenen Rezepte sind für eine nachhaltige Lösung dieser Schicksalsfrage kaum tauglich. Die Idee einer „Jobgarantie“, der zufolge allen Menschen bis 25 Jahren spätestens vier Monate nach Beginn der Arbeitslosigkeit ein Job, eine Ausbildungsstelle oder zumindest ein Praktikum angeboten werden soll, ist zwar ehrenwert, fördert aber eher Illusionen. Denn am Ende wird die Sackgasse lediglich noch länger. Auch die eilig beschlossenen milliardenschweren Förderprogramme führen nur zu neuen Enttäuschungen, wenn es nicht gelingt, die Ursachen der Misere zu bekämpfen.

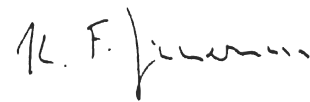
Die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern Europas hat sich aber nur proportional zur allgemeinen Arbeitslosigkeit bewegt, sie ist nicht das besondere Problem der Krise. Die Dramatik ist vielmehr das Produkt aus allgemeiner Krise und versäumten Strukturreformen zugunsten junger Menschen. Neue Jobs können nicht per Knopfdruck auf Gipfelkonferenzen mit aktivistischen „Sofortmaßnahmen“ bestellt werden.

Benötigt wird ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, der sich durch Mobilität, Flexibilität und eine breite unternehmerische Innovationskraft auszeichnet. Allerdings fehlen der EU-Kommission in Brüs-

sel gerade in diesen Bereichen die Möglichkeiten, Mitgliedsstaaten zu durchgreifenden Reformen zu zwingen. Um so mehr müssen die einzelnen Länder angehalten werden, ihre Hausaufgaben zu erledigen, die auch länderspezifisch sein können. So hat Frankreich durch zu hohe Mindestlöhne und strikten Kündigungsschutz gerade für junge Arbeitslose extrem hohe Barrieren errichtet. Spanien hat zwar viele Studenten, vor allem in geisteswissenschaftlichen Disziplinen ausgebildet, aber kaum Berufsschüler. In Griechenland fehlt eine mittelständische Wirtschaft fast völlig, die bereit und in der Lage wäre, auszubilden.

Doch Jugendliche brauchen überall in Europa eine solide praxisorientierte Ausbildung. Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Österreich setzen deshalb erfolgreich auf die „duale Ausbildung“, die betrieblichen Alltag mit schulischem Unterricht verbindet. Wenn schon viel Geld in die Hand genommen wird, so sollte man es vorrangig jenen Betrieben in Südeuropa zwecks Stärkung ihrer Investitionskraft zur Verfügung stellen, die im Gegenzug auch Ausbildungsstellen schaffen. Denn das „duale Modell“, hochgelobt, ist auch nicht ganz billig, wie nicht wenige deutsche Betriebe bisweilen beklagen.

Zweitens muss die grenzüberschreitende Mobilität konsequent gefördert werden – selbst wenn davon nur wenige Gebrauch machen. Doch diese Jugendlichen sind im Erfolgsfall die besten Botschafter dafür, dass die „europäische Idee“ eben doch große Chancen bietet. Gerade auch in der aktuellen Krise.




Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: **Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann**
 Redaktion: **Holger Hinte, Mark Fallak**
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: **+49 (0) 228 - 38 94 223**
 Fax: **+49 (0) 228 - 38 94 510**
 E-Mail: **compact@iza.org**
 Internet: **www.iza.org**
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: Benedikt Kliche, Thomas Wasilewski